

Ercheint an allen Wochentagen. Bezugspreis für Monat Dezember 2.00 in der Verlagsstelle 2.50 in den Ausgabestellen 3.00 durch Zeitungsboten 3.75 am Sonntag 2.75 ins Ausland 20 deutsche Mark.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundstiftung im Anzeigenverzeichnis Polens 40.— in Reklameteil 120.— für Aufträge aus Deutschland 3.50 in Reklameteil 10.— in deutscher Warte.

Verlagsdruckerei: 4245, 2273, 8110, 8249.

Postkontofonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Telegraphenamt: Posna. Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 238 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Verföhnung?

Der „Dziennik Poznański“ bringt in seiner Nr. 262 unter der Überschrift „Die Deutschen und die Psychologie“ einen Leitartikel, der von dem aufrichtigen Wunsche getragen ist, zu einer Verständigung mit den Deutschen im Lande zu gelangen. Kommt es wirklich auf der durch den Dziennik-Artikel geschaffenen Grundlage zu einer verständigen, rein sachlichen Auseinandersetzung, so werden die anscheinend vorhandenen Mißverständnisse ganz von selbst verschwinden, und wir werden uns auf mittlerer Linie unschwer zu sammenfinden. Zu unserer Freude setzt der „Dziennik“ auch auf deutscher Seite den Verständigungswillen voraus und läßt an uns Deutsche die Anforderung ergehen, die offensichtlich unrichtige Beurteilung unseres Vorgehens durch die polnische Presse dadurch zu korrigieren, daß wir insbesondere die Eingabe des Deutschbundes an den Völkerbund, die uns ja bekanntlich als ein illoyaler Akt ausgelegt worden ist, formal rechtfertigen. Wir kommen diesem Wunsche gern entgegen.

Was in aller Welt sollte der Minderheitenschutz für eine Bedeutung haben, wenn die Minderheit nicht das Recht haben sollte, sich auf den Vertrag zu berufen und den Völkerbund um Schutz anzugehen? Der „Dziennik“ stellt es so dar, daß sich der Völkerbund mit den Klagen der Minderheiten nur dann beschäftigen dürfe, wenn sie von einem Staate vorgebracht werden, der dem Völkerbund angehört, während die nationalen Minderheiten selbst kein Recht dazu hätten, die Initiative zu ergreifen. Darauf ist mit der Frage zu erwidern: Wie sollen denn die dem Völkerbunde angehörenden Staaten zu Sachwaltern der bedrängten Minderheiten werden, wenn die Klagen der Minderheiten nicht von ihnen selbst und von ihren dazu berufenen Organisationen zur Kenntnis jener Staaten gebracht werden? Sollen etwa die Gliedstaaten des Völkerbundes aus sich heraus, gleichsam ex officio, Recherchen anstellen, um auf diese Weise zu erfahren, ob und inwiefern sich die Minderheiten in ihren Rechten beeinträchtigt fühlen? Das könnte doch wohl schwerlich erwartet werden; denn wie überall in der Welt, gilt auch hier der Satz: „Wo kein Kläger, da ist auch kein Richter.“ Nun hat aber, um jeden Zweifel an der Berechtigung der Minderheiten zu beheben, sich mit einem Appell unmittelbar an den Völkerbundrat oder an einen der ihm angehörenden Staaten zu wenden, der Völkerbundrat auf den Antrag des italienischen Repräsentanten Tittoni in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1920 ausdrücklich festgesetzt, daß die Minderheiten selbst oder auch Staaten, die im Völkerbundrat nicht vertreten sind, das Recht haben, bei dem Völkerbunde jede Benachteiligung oder auch nur die Gefahr einer solchen zu melden. (Evidemment ce droit n'exclut point la faculté des Minorités elles-mêmes ou bien des États non représentés au Conseil de signaler à la Société des Nations toute infraction ou danger d'infraction.) In dem Beschlusse ist dann weiter gesagt, wie eine solche Eingabe von Minderheiten geschäftsmäßig weiter behandelt werden soll: die an den Völkerbund gelangende Eingabe einer Minderheitsvertretung hat der Generalsekretär des Völkerbundes den einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes zu übermitteln. Diese Übermittlung hat noch nicht den Charakter eines Rechtsaktes von Seiten des Völkerbundes oder seiner Organe. Die eigentliche Kompetenz des Völkerbundes, sich mit der aufgerollten Frage zu beschäftigen, beginnt erst dann, wenn eines seiner Mitglieder die Aufmerksamkeit des Rates auf die Beeinträchtigung oder die Gefahr einer solchen hinlenkt, die den Gegenstand der Petition oder der bloßen Information bildet. Es heißt dann schließlich weiter, daß der interessierte Staat, soweit er Mitglied des Völkerbundes ist, zur selben Zeit wie der Völkerbundrat von dem Gegenstande der Eingabe in Kenntnis zu setzen ist. Aus diesem Beschlusse des Völkerbundes ergibt sich zweifellos, daß der Deutschbundsband durchaus korrekt vorgegangen ist, und so bringt denn auch das Bestätigungsschreiben, das er vom Sekretariat des Völkerbundes über den Eingang seiner Eingabe erhalten hat, zum Ausdruck, daß es sich um einen durchaus legalen Schritt von Seiten des Deutschbundes handelt, und daß daher die Eingabe in Verfolg des zitierten Beschlusses vom 22. Oktober 1920 weiter verfolgt wird.

Daß bei der verschiedenen Auslegung, die die einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages auf polnischer und auf deutscher Seite finden, eine Klärung unbedingt erforderlich ist, und daß diese Klärung eben nur durch die Stelle erfolgen kann, die zu einer authentischen Interpretation der genannten Verträge berufen ist, liegt auf der Hand. Uns Deutschen ging es ja gerade darum, endlich zu wissen, ob wir hier in unserer Heimat bleiben können, oder ob wir uns irgend wo anders in der Welt nach einer neuen Heimat umsehen müssen. Selbstverständlich ist für unseren Entschluß, hier zu bleiben, unbedingte Voraussetzung, daß wir hier im Vollgenusse der staatsbürgerlichen Freiheit stehen, wie sie uns nach unserer Auffassung im Minderheitenschutzvertrage gewährleistet worden ist. Ist unsere Auffassung falsch, so werden wir die Konsequenzen ziehen und werden abwandern. Aber wir müssen heute, nach zwei Jahren des Hungers und Mangels, endlich Gewißheit darüber haben, inwieweit uns der Minderheitenschutzvertrag schützt. Unserer Auffassung nach stehen sich Minderheitenschutzvertrag und Entdeutschungs-

## Die Oberschlesienverhandlungen.

Berlin, 11. Dezember. In der Freitagssitzung der ober schlesischen Delegationen an der die polnischen Delegierten Dłuski und Pradnyński und von deutscher Seite Minister Schiffer und Staatssekretär Pawald teilgenommen haben, wurde der Arbeitsplan der Kommission festgelegt. Beide Parteien wünschen eine beschleunigte Erledigung der Aufgaben soweit dies ohne Schaden für die Gründlichkeit geschehen kann. Der Umstand, daß die Verhandlungen in Oberschlesien selbst stattfinden, ist der Arbeit sehr, zumal da jeden Augenblicke die in Frage kommenden Sachverständigen ohne Zeitverlust herangezogen werden können. Interessant ist es, daß an einem Tage der polnische am anderen der deutsche Delegierte den Vorsitz in den Verhandlungen führt.

### Calonder nach Oberschlesien.

Genf, 11. Dezember. Präsident Calonder hat die Delegierten benachrichtigt, daß er sich in den ersten Tagen des Januar nach Oberschlesien begeben werde, falls keine Anwesenheit in Genf nicht unbedingt nötig sein sollte. Er wird sich in Oberschlesien nur so lange aufhalten, als es unbedingt nötig ist und die wichtigsten Industriezentren besuchen.

## Die irische Frage.

### Spaltung unter den Sinnfeinern.

London, 10. Dezember. Nach einer langen Beratung des irischen Kabinetts in Dublin hat der Valera um Mitternacht eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

Die Bedingungen des irischen Übereinkommens stehen in starkem Gegensatz zu den Wünschen des irischen Volkes. Er halte es für seine Pflicht, unverzüglich zu erklären, daß er die Annahme des irischen Vertrages nicht empfehlen könne.

Die Erklärung des Valeras und die Spaltung unter den Sinnfeinern wird allgemein besprochen. „Daily Express“ sagt: Es sei wahrscheinlich, daß der Frieden dadurch verzögert werde. Eine irische Volksabstimmung sei der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit. „Chicago Tribune“ meldet aus London: Trotz der Opposition des Valeras ist der englisch-irische Vertrag so gut wie angenommen und wird am kommenden Mittwoch in Dublin im Parlament zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Der Valera erweist sich der Unterstützung von höchstens 40 Abgeordneten. Falls er auf einer Volksbefragung bestehen sollte, würde sein Standpunkt noch mehr isoliert sein.

Gegenüber dem Ratifizieren des Valeras, der zur Nichtannahme des englisch-irischen Vertrages auffordert, haben die irischen Führer Griffith und Collins einen Aufruf erlassen, in dem sie ausführen: Wir haben den englisch-irischen Vertrag unterschrieben und hegen die Hoffnung, daß wir damit den Grund zu einem ständigen Frieden gelegt haben und zur Freundschaft der beiden entzweiten Völker. Wir hoffen, daß dieser Vertrag das Ende unseres hundertjährigen Freiheitskampfes sein wird.

politik gegenüber wie Feuer und Wasser. Auch der „Dziennik“, noch mehr natürlich Wähler anderer Färbung, sehen es als etwas ganz Selbstverständliches an, daß die Germanisationsarbeit des letzten Jahrhunderts vernichtet werden dürfe, und daß die hiesigen deutschstämmigen Exzentzen in Verfolg dieses Zielles aus dem Lande gedrängt werden dürfen. Unseres Erachtens eine völlige Unmöglichkeit. Wozu dann der ganze Minderheitenschutzvertrag? Die Grundidee dieses Vertrages war doch eben, daß die Einzelexistenzen — die Menschen — nicht durch die Umgestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse ir, endwie in Mitleidenschaft gezogen werden sollten, sondern daß die Deutschen hier im Lande als fremdstämmige Minderheit genau so tollsten leben dürfen wie ihre Mitbürger polnischen Stammes.

Es ist eine durchaus schiefe Darstellung, wenn der „Dziennik“ meint, die schnelle Dezimierung des hiesigen Deutschstammes, wie sie sich in den letzten zwei Jahren vollzogen hat, sei der beste Beweis dafür, daß es sich um ein fremdes hier künstlich ausgepflanztes Reis gehandelt habe, das von vornherein dem Verdorren ausgesetzt gewesen wäre. Nein, so ist es nicht! Das schnelle Verschwinden des hiesigen Deutschstammes zeugt vielmehr von der Schwere der Bedrückung, die durch diese zwei Jahre auf uns gelastet hat. Wir bitten den „Dziennik“ dringend, die Dinge wirklich objektiv zu betrachten; aus der Heimat geht keiner leichten Herzens, und keinem fällt der Entschluß leicht, das aufzugeben, woran er selbst seine Lebensarbeit gesetzt hat, oder was er von seinen Voreltern als Erbe übernommen hat. Die Scholle, die wir selbst Jahr um Jahr bebaut haben, den Baum, den wir gepflanzt und gehegt haben, die Esse, die unter unseren Händen zum Himmel wuchs, in andere Hände zu übergeben, ist für jeden von uns der schwerste Entschluß. Ein Entschluß, wie er eben nur gefaßt wird unter dem zwingenden Druck der Verhältnisse. Wir hätten den Herren vom „Dziennik“ gewünscht, einmal mit dabei zu sein, wenn Bauern und Gewerbetreibende, Arbeiter und Großindustrielle mit tränendem Auge von ihrer Heimat Abschied nahmen, und wir wünschten, daß er aus den Briefen der Abgewanderten erfähre, wie sehr sie sich nach ihrer Heimat zurückziehen und wie schwer es ihnen wird, in der Fremde (und Deutschland ist für sie die Fremde) wieder Wurzel zu fassen. Sie alle werden den Herren vom „Dziennik“ bezeugen, wie schwer sie sich dazu entschlossen haben, den Schritt ins Ungewisse zu tun, werden bezeugen, daß sie nur äußerstem Drucke gewichen sind. Vielleicht versteht sich einmal einer der verehrten Herren vom „Dziennik“ dazu, uns bei einem Gange über unsere Friedhöfe hier in Posen oder draußen in der Provinz zu begleiten. Glauben die Herren wirklich, daß ein Deutscher leichtfertig die Stätte verläßt, an denen seine Eltern und Kinder begraben sind?

Der „Dziennik“ meint, daß es uns Deutschen vielleicht kaum möglich wäre, uns selbst bei bestm Willen hier anders zu fühlen und zu geben, wie als Träger einer deutschen Judenta. Und zwar wegen der Nähe der deutschen Grenze, über die hinweg wir Anlehnung an unser Mutterland suchen und finden. Wir können diesem Gedankengange nicht

## Von der Abrüstungskonferenz.

### Die Frage des fernem Ostens.

Washington, 11. Dezember. In den Kreisen der Konferenzteilnehmer in Washington ist man der Ansicht, daß die Lage gegenwärtig sehr vertrauenswürdig ist. Einige von den Delegierten haben sich geäußert, daß schon in den ersten Tagen dieser Woche folgende Vereinbarungen unterzeichnet werden: 1. die Verständigung über die Größe der Kriegsflootten; 2. die Verständigung in der Angelegenheit des Stillen Ozeans; 3. die Bestimmungen über die Einschränkung im Hafenaufbau, besonders im Bau der Flottenstützpunkte im Stillen Ozean. Die endgültige Entscheidung darüber wird von dem Standpunkt abhängen, den Japan in dieser Frage einnehmen wird. Am Sonnabend besprach in Tokio der Ministerrat die Angelegenheit und soll sich auf das Flottenverhältnis 6 zu 8 zu 8 geeinigt haben. Admiral Kato soll vom Thronfolger Hirofuhito zur Unterschrift folgender vier Punkte bevollmächtigt worden sein: territoriale Unverletzlichkeit des Stillen Ozeans; die kontraktliche Verpflichtung, sich jedes Angriffs auf die Gebiete anderer Mächte zu enthalten; soweit es die Lebensinteressen eines der Mächte fordern werden, ist jeder Vertragschließende moralisch verpflichtet, sich mit den anderen vertragschließenden Mächten zu verständigen, bevor er irgend welche Schritte unternimmt; bei Streitfällen zwischen zwei Mächten sind diese verpflichtet, zwei andere Mächte als Schlichter in der freitragigen Frage anzurufen. Der englisch-japanische Vertrag wird mit dem Augenblick der Ratifikation dieser Abmachungen aufhören.

### Der chinesisch-japanische Streit.

Washington, 10. Dezember. Die chinesische Delegation hat Japan folgende Erklärung zukommen lassen: Wenn nicht innerhalb von zwei Tagen die direkten Verhandlungen über die Rückgabe Schantung ohne Vorbehalt eingeleitet werden, wird China ihre Delegierten aus Washington abberufen, und die Verantwortung müsse dann die Konferenz tragen. Zwischen China und Japan schweben auch Verhandlungen über Port Arthur. Japan steht auf dem Standpunkt, daß es für den Osten zu viel gezahlt habe, um ihn an China zurückgeben zu können. China seinerseits behauptet, daß der Friede im fernem Osten durch den Besitz Port Arthurs durch Japan gefährdet ist. In der Angelegenheit von Kiautschou erkennt China die Übernahme der deutschen Rechte durch Japan nicht an, da es ja den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe.

ganzen Vorum wird es polnischerseits als durchaus selbstverständlich betrachtet, daß sich die Polen drüben in Deutschland als Söhne ihres Stammes fühlen? Wir gestatten uns zu verweisen — auf einen Artikel des „Kurjer“ in seiner Nr. 273, betitelt „Unter den Seinigen in der Fremde“. Es wird dort die Teilnahme des hiesigen Präses des Sokolverbandes an der Novemberaufstandsfeier des Sokolvereins in Westfalen geschildert. Mit Beiriedigung wird festgestellt, daß unter den vielen tausend Polen, die ihre Vertreter nach Herne gesandt hatten, so mancher zu einem tüchtigen Leiter der nationalen Sache an der Ruhr und am Rhein geworden sei. Dem Vortrage über den Novemberaufstand — einem Markstein in dem unaufhörlichen Kampfe um Freiheit, Unverfehrtheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, des Kampfes, der durch den großen Führer, den die Sokolschaft sich zum Patron der Nation erwählt hatte, befohlen wurde, und der siegreich geführt wurde bis zur Stunde der Auferstehung — habe man mit sichtbarem Interesse zugehört. Und einer der Kameraden habe für den Vortrag mit den Worten quittiert, „daß die Arbeit auf dem Boden der Sokolorganisation in starkem Maße zur Erhaltung des nationalen Geistes in den polnischen Arbeitermassen im Westen Deutschlands beigetragen habe.“ Einer der Herner Redner ist zurzeit Beamter des Konsulats der polnischen Republik in Essen. Das wird in dem „Kurjer“-Artikel mit besonderer Befriedigung festgestellt, daßselbe von drei anderen Führern der westfälischen Sokolschaft, dem Vorsitzenden, dem Verwalter und dem Schriftwart, die ebenfalls zum Konsulatspersonal gehören. Es ist ein eigenartiges Ding, daß die Polen solche ausgeprägt nationale Organisationsarbeit ihrer Stammesgenossen und solche Pflege des nationalen Geistes drüben in Deutschland als etwas Selbstverständliches ansehen und feiern, während sie uns Deutschen schon die leiseste Anlehnung an unser Mutterland verübeln, und es beinahe als Staats- und Landesverrat ansehen, wenn uns für unsere rein kulturellen Bestrebungen, insbesondere zur Milderung unserer Schulnot, Mittel von drüben zur Verfügung gestellt werden. Wir bitten doch dringend, mit gleichem Maße zu messen. Unserer Auffassung nach soll das Polentum drüben in großer Zahl erhalten bleiben, ebenso soll aber auch hier das bodenkündige Deutschtum auch weiterhin seine Bleibe finden. Das wird ein gut Teil mit dazu beitragen, daß sich die beiden Nachbarvölker miteinander verständigen und daß sich polnische und deutsche Wesensart immer wieder zu einander finden. Auch heute noch bleibt wahr, was der Vorsitzende unseres Deutschbundes in der Posener Tagung vor nunmehr reichlich anderthalb Jahren gesagt hat, wir Deutschen hier und die Polen drüben müssen die Brücke werden, über die hinweg die beiden großen Volksgeamtheiten zueinander kommen.“

Möchte es endlich so weit sein, daß haben und drüben diese große historische Mission voll erfüllt wird, möchte endlich das Trennende beiseite gestellt und das Eisende in den Vordergrund gerückt werden!

Die Danina im Sejm.

Am Freitag und am Sonnabend betrat der Sejm über die einmalige Abgabe (Danina).

Berichterstatter Abg. Wierzycki erklärte im Programm des Finanzministers über die Danina zur Gesundung der Finanzen nehme die Danina eine vordringliche Stellung ein, auch der Sejm hätte ihr besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Es müsse festgestellt werden, daß keiner der Steuererträge die Gesellschaft so elektrifiziert und so allgemeine Anerkennung gefunden hätte wie der Daninaentwurf. Die Gesellschaft fühle sich ebenso verpflichtet, dem Staate ein Opfer von seiner Lage zu bringen, wie es ein solches mit seinem Blute gebracht hat. Die Bedeutung dieses Reichsnotopfers hätte auch die Finanzbudgetkommission anerkannt und den Regierungsentwurf eummütig als Grundlage für seine Arbeit angenommen. Der von der Kommission berufene Unterausschuß brauchte für seine Beratungen 23 Sitzungen. Die Kommission nahm den Entwurf des Unterausschusses im Laufe von vier Sitzungen an. Die vier wichtigsten Fragen wurden während der Beratungen der Unterkommission und der Kommission vorgebracht. Zunächst die Grundlage für die Verbreiterung der Einziehung der Danina, das heißt ihre Zerlegung auf die breiteren Kategorien der Gesellschaft und damit die Verteilung der Belastung jeder einzelnen Kategorie. Es wurden also drei neue Kategorien von Zahlern angenommen: die Kubischer und Käufer von Staatsgütern, die freien Berufe und die Besitzer städtischer Equipagen. Am längsten befaßte sich die Kommission mit dem Projekt der Belastung der Landwirtschaft mit der Abgabe; das Projekt wurde jedoch von der Kommission verworfen, da sie der Finanzminister davon überzeigte, daß sie dem Grundsatze der Abgabe widerspreche, da diese die Stabilisierung und Hebung des Realwertes anstrebt, während das Projekt einer Belastung der Landwirtschaft durch die Abgabe den Kurs herabsetzen würde. Der Finanzminister brachte dagegen eine andere Art der Abgabe in Vorschlag für die Stubben, die im vorliegenden Gesetz keiner Belastung unterliegen, und zwar handelte es sich um einen Gesetzentwurf über die Ausgleichsbank und eine solche der Anleihenrückzahlung an. Die zweite grundlegende Frage war der Schlüssel zur Zerlegung der Abgabe auf die einzelnen Wirtschaftskategorien. Die Kommission mußte auf Grund sämtlicher verfügbaren statistischer Daten den Wert der Vermögen in der Landwirtschaft, in der Industrie und die städtischen Werte abschätzen. Da die Vertreter des ländlichen Bestandes im Sejm die Mehrheit bilden und die Kommission ihrem Projekt eine einmütige Annahme sichern wollte, so würde das Adversitätskontingent verringert und das der Industrie und des Handels vergrößert. Für die Landwirtschaft sind demnach 50 Milliarden vorgesehen, für die Industrie und den Handel dagegen 24 1/2 Milliarden. Die Ermäßigung des Gesamtkontingents von 100 auf 80 Milliarden erklärt sich zum Teil durch die zurzeit durchlebte Wirtschaftskrise.

Den Rest des von der Kommission festgelegten Kontingents von 20 Milliarden sollen die städtischen Immobilien, die Mieter, die freien Berufe und die Besitzer von Autos und Equipagen zahlen. Die auf die Immobilienbesitzer entfallenden Beiträge sind ermäßigt worden. Für die Landwirtschaft beginnt die Ermäßigung bei Wirtschaften von 40 Morgen abwärts, diese Wirtschaften erhalten eine Ermäßigung von 100 Prozent. Der Prozentsatz der Ermäßigung wächst bei kleineren Wirtschaften und erreicht bis 75 Prozent bei Wirtschaften unter 3 Morgen.

Für die Industrie erreicht der Prozentsatz eine bedeutende Ermäßigung des Regierungsmultiplikators. Den Banken würde er um 114,42 Prozent, je nach der Größe des Unternehmens, erhöht. Für die größeren Unternehmungen wurde er um 27 Prozent erhöht, für die mittleren und kleineren um 25 bis 30 Prozent ermäßigt. Für Gesellschaften wurde statt der sechsfachen eine vierfache Belastung angenommen. Die Danina sollte den Moratorium haben, das hat aber das Leben bereits getan. Sätze der Finanzminister die Danina am Tage nach ihrer Ankündigung realisiert, dann wären heute bereits 80 Milliarden in der Kasse des Staates, und der Minister brauchte heute während der Krise nicht zur neuen Danknotenemission seine Zuflucht nehmen, um die Produktion des Landes zu retten.

An der Fortsetzung der Sitzung am Sonnabend erklärte der Abg. Szepka (Poln. Volksp.): Wenn die weniger als 6 Morgen besitzenden Bauern nicht von der Abgabepflicht befreit werden, dann werden sie gegen die ganze Abgabe stimmen. Wir haben jedoch die Hoffnung, daß in der zweiten Lesung der Sejm den Multiplikator für die wenig Landbesitzenden um 100 herabsetzen wird.

Abg. Hirschen (Jüd.): Das Defizit des Staates muß auf den Einkünften gedeckt werden. Die einmalige Abgabe wird einen Einfluß auf die Einkünfte des Staates besterfalls erst im März oder im April haben, bis dahin aber wird die Emission unserer Banknoten von neuem zunehmen.

Abg. Szepka teilt mit, daß seine Partei, die christlich Demokraten, für die Abgabe stimmen wird.

Abg. Chodźnicki: Auch meine Partei wird für die Abgabe stimmen.

Abg. Sokolowski: In dem Streit zwischen Dorf und Stadt über die Verteilung der Abgabe können die interessierten Parteien nicht entscheiden. No wendig ist ein Oberster Schlichter, und dafür ist der Finanzminister die geeignete Person. Der jetzige Entwurf scheint mir unannehmbar.

Abg. Smola: Wie wir im vergangenen Jahr für den Schutz des Bagerlandes eintraten, so treten wir jetzt für die Abgabe ein, aber wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Last gerecht verteilt wird.

Abg. Lachneck spricht sich gegen die Abgabe aus. Wodasłowski fragt den Finanzminister, welche Gestalt jetzt der Plan der Abgabe in ihm angenommen hat. Die Abgabe muß leichtmäßig und gerecht verteilt werden, und zwar so, daß sie nicht als gezahlt werden kann. Im Verhältnis zum Handel und zur Industrie ist die Landwirtschaft von der Abgabe zu schwer belastet. Wir verlangen eine vernünftige und begründete Progression und sind der Ansicht, daß das im Interesse des Staates liegt.

Abg. Kollitzer (Klub der Verfassungspartei): Die Abgabe ist nicht das einzige in Betracht kommende Mittel. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in diesem Ausnahmefalle der Finanzminister gewisse zeitlich ungenutzte Vollmachten bekommen muß. Das wird ihm gegenüber den anderen Ministern, gegenüber der Allgemeinheit und gegenüber dem Auslande das erforderliche Ansehen und Gewicht geben. Ein zweiter Punkt im Programm des Ministers ist das Bestreben, eine Verbilligung des Lebens hervorzuheben. Eine solche Verbilligung ist für die Produktion eine notwendige Voraussetzung. Wenn der Finanzminister den Gedanken der Progression nicht weiter verfolgt hat, so muß er dafür besondere Gründe haben, denn niemand wird Herrn Michalski Mangel an Sachkenntnis auf dem Gebiet des Finanzwesens vorwerfen. Darum müßten wir sein Programm und seinen Entwurf der einmaligen Abgabe unterstützen. Die Sache ist dringend, und der Minister kann nicht warten, bis langwierige Beratungen angestellt worden sind.

Finanzminister Michalski: Das ganze Land und das Ausland sehen mit Spannung auf den Versuch des Sejm, eine Gesundung der Staatsfinanzen herbeizuführen. Wir müssen beweisen, daß die Abgabe ein Mittel ist, das die Regierung den Wunsch haben, eine Finanzkatastrophe zu vermeiden, und daß wir dieser Aufgabe gewachsen sind. Unsere Zukunft liegt in unserer Hand. Ich glaube, daß alle Parteien sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind und daß sie bestrebt sind, dem Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit dem Gefühl aufrichtiger Besorgnis muß ich die Tatsache hervorheben, daß in den Kreisen der Netisten die größte Operativität zu finden ist. Ich möchte drei Fragen beantworten: Die Frage nach der Verteilung des baren Geldes, die Frage nach der für den Landbesitz anzuwendenden Progression und die Frage nach dem Verkauf des Landes zur Deckung der Abgabe. Die erste Frage hat internationale Bedeutung. Wo es keine Einkommen- und Verbrauchssteuer gibt, muß das Gesetz sich auf primitive Verhältnisse stützen. Wenn früher an die Verwendung der einmaligen Abgabe nicht zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt, sondern auch zur Gründung einer Staatsbank gedacht werden konnte, so ist jetzt die Lage schwieriger und die Vorsicht gebietet uns, den Art. 1, der von dem Zweck der Abgabe spricht, zu streichen. Es wurde kluge gefordert, aber das Fehlen eines Staatsbankrottentwurfs für das kommende Jahr und über den Abschluß der Rechnung an der die abgelaufenen Jahre. Ich teile dem hohen Hause mit, daß ich wahrscheinlich noch vor Ablauf des Jahres den vorläufigen Vorschlag für die Jahre 1917, 1918, 1919 und 1920 vorlegen werde und daß die vorläufige Zusammenstellung einer Übersicht über den Staat und die Schulden des Staates in Bearbeitung ist. Der Hauptzweck der einmaligen Abgabe ist die Ergänzung der Steuern, die bis jetzt in verschwindend geringem Umfange gezahlt wurden. In kürzester Zeit wird eine Veröffentlichung im „Monitor Polski“ zeigen, was auf dem Gebiet der Kapitalbesteuerung gefehlt ist. Für die Progressionen könnte man sich nur dann aussprechen, wenn dadurch alle Arten der Steuern befreit würden und wenn sie sich auf gleichen Grundstoffen durchzuführen ließen. Es wäre dringend zu wünschen, daß das Gesetz über die einmalige Abgabe sobald als möglich und mit großer Stimmenmehrheit angenommen wird.

Die Fortsetzung der Beratung über die einmalige Abgabe wurde vorläufig vertagt. Es wurde zunächst beraten über die Dringlichkeit des Antrags der nationalen Arbeiterpartei über die Frage der Gründung von Kampfparteien durch den nationalen Volksverband mit Unterstützung gewisser Faktoren der zweiten Abteilung des polnischen Generalkommandos. Der Antrag wird vom Abg. Hercy begründet.

Kriegsminister Sosnkowski weist darauf hin, daß er in einer Zeit der heftigsten politischen Streitigkeiten auf die Tribüne des Sejm treten möchte, da die Abgeordneten die von ihm vertretene Armee in den Streit hineingezogen hätten. Er wäre ein schlechter Kriegsminister, wenn er die Armee nicht unter seinen Schutz nähme. Zu dem Dringlichkeitsantrag erklärt der Minister, er hätte schon eine Untersuchung angeordnet und das vorläufige Ergebnis wäre, daß der Major Sosnkowski die ihm und dem General Kaszewski gemachten Vorwürfe zurückweist. Der Minister versichert, daß wenn die Genannten sich als schuldig erweisen sollten, sie bestraft werden würden. Sollten sich aber die Beschuldigungen als ungesichert erweisen, so würde er, der Kriegsminister, im Interesse des Ansehens der Armee Bestrafung davor verlangen, die falschen Nachrichten verbreitet hätten. Was in der letzten Zeit im Sejm geschieht, erfüllt den Minister mit Verwunderung. Die Armee ist das Instrument werden zu lassen auf dem die Parteien ihre Wut machen wollen. Der Minister kommt sich selbst als Bill vor, der von rechts nach links und von links nach rechts geworfen wird.

Abg. Marjan Szepka erklärt, daß seine Partei von dem Vorhandensein von Kampfparteien erst hier im Sejm, etwas erfahren hätte. Major Sosnkowski und die anderen als gebliebene Organisatoren der Kampfparteien genannten Männer gehören dem nationalen Volksverband nicht an, sind sogar Gegner der Partei des

Redners. Der Redner hält alle Angaben des Antrags für Erfindungen, keine Partei wird aber für die Dringlichkeit des Antrags stimmen, da sie erwartet, daß der Antrag die Antragsteller selbst zum Lächerlichen wird.

Die Dringlichkeit des Antrags wird angenommen. Nächste Sitzung am Montag nachmittag um 4 Uhr.

Ministerrat.

Liquidierung des Verpflegungswirtschaftsministeriums.

Warschau, 9. Dezember. Auf Wunsch des Finanzministers versammelte sich am Mittwoch der Ministerrat, um den Gesetzentwurf über die sofortige Liquidierung des Verpflegungswirtschaftsministeriums zu besprechen. Der Minister Michalski wünscht ein entsprechendes Gesetz durch den Sejm noch vor den Weihnachtstagen durchzuführen, damit der Beginn des neuen Haushaltsjahres die Liquidierung dieses Ministeriums eine vollzogene Tatsache sei. Der Ministerrat hielt dieser Tage zwei Sitzungen ab. In der ersten Sitzung, die von 2 bis 4 Uhr nachmittags dauerte, wurde beschlossen, daß das in den Liquidierungszustand übergeführte Verpflegungswirtschaftsministerium mit dem 31. Dezember d. J. zu bestehen aufhört. Aufgehört werden gleichfalls: das Staatsamt zum Ankauf von Artikeln ersten Bedarfs, das staatliche Getreideamt, das staatliche Kartoffelamt und das Amt zur Versorgung der staatlichen Arbeiter. Die endgültige Liquidierung der Angelegenheiten des Verpflegungswirtschaftsministeriums und seiner Unterabteilungen wurde dem Finanzminister übertragen, das einen Liquidator ernannt. In der zweiten Sitzung, die um 11 Uhr nachts begann, wurde die Angelegenheit der Aufhebung der Kreisbauinspektionen geprüft.

Warschau, 9. Dezember. Der Handels- und Industrieausschuß des Sejm und die Kommission für Arbeitsschutz erledigten in gemeinsamer Sitzung dringende Anträge in der Angelegenheit der wirtschaftlichen Krise. Nach der Ansprache einzelner Abgeordneten und den Ausführungen des Finanzministers Straßburger nahmen die Kommissionen mit Stimmenmehrheit die Anträge an, die eine Verringerung der drohenden Industriekrise erstreben. Diese Angelegenheit wird wahrscheinlich am nächsten Dienstag Beratungsgegenstand im Plenum bilden.

Die Pogrome in der Ukraine.

Von dem Geschäftsträger der Ukrainischen Volksrepublik in Berlin erhalten die hiesigen Blätter folgende Zuschrift:

Laut telegraphischen Meldungen aus Warschau veranstalten Petljuras Banden in der Ukraine Judenmassenmorde, und es flüchten aus Angst vor Pogromen Tausende von Juden über die polnische Grenze. Demgegenüber sei auf Grund unsicherer Informationen festgestellt, daß die Nachricht, wonach Warschauer gegen die jüdische Bevölkerung derzeit in der Ukraine vorkommen, leider allerdings richtig ist; doch werden diese Pogrome keineswegs von den ukrainischen Insurgenten, sondern von den roten Truppen veranstaltet, welche im Hinblick auf die dem Aufstande freundliche Stimmung der friedlichen jüdischen Bevölkerung die letztere immer vor dem Einzug der Aufständischen deshalb massakriert und plündert, weil das Gros der städtischen und ländlichen jüdischen Bevölkerung, der Volkswirtschaft Herrschaft seit, die ukrainischen Aufständischen überall, wo sie erscheinen, mit Enthusiasmus begrüßt und ihnen im Falle eines Rückschlages zugunsten der roten Armee sogar geheime Unterstützung gewährt.

Die Flucht zahlreicher jüdischer Familien aus der Ukraine erfolgt keineswegs aus Furcht vor den ukrainischen Aufständischen, sondern vor diesen Repressalien, die im letzten Trozkischen Armeebefehl der jüdischen Bevölkerung offiziell angedroht wurden. Da die Insurrektion, welche laut unseren zuverlässigen Informationen derzeit fast in allen Gouvernements unseres Staatsgebietes ausgebrochen ist, tatsächlich den Sturz des nicht nur von der nationalbewußten ukrainischen Bevölkerung, sondern auch von den in der Ukraine anhänglichen Juden, Polen und Deutschen gehaltenen bolschewistischen Systems und die Wiedereinsetzung der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik mit Oberataman Petljura an der Spitze bezweckt, so ist allerdings der Name Petljuras das Symbol des jetzigen Aufstandes, welcher, trotzdem er keinerlei Hilfe von außen erhält, die roten Truppen seit fünf Wochen so ernst beschäftigt, daß die Moskauer Regierung, wie oben konstatiert, zu einem Preisfeldzug zwecks Kompromittierung dieser großen Volksbewegung gezwungen ist.

Wirtschaftskrise in Lettland.

Riga, 10. Dezember. Das Steigen des lettischen Inflationenwertes macht der einheimischen Industrie die Konkurrenz mit den eingeführten ausländischen Waren unmöglich. Da zugleich die Exportaussichten sich nicht verwirklichen, so sind schon eine Reihe hiesiger Betriebe geschlossen worden, andere arbeiten nur zwei bis drei Tage wöchentlich. In der Holzindustrie sind mehrere Fälle von Insolvenz zu verzeichnen. Um eine Verschärfung der Krise zu verhüten, bemühen sich die Industriellen beim Finanzministerium um eine Erhöhung der Einfuhrzölle und Herabsetzung der Ausfuhrgebühren. Auch der Handel liegt darnieder. Eine Reihe ausländischer Firmen stellt ihre Tätigkeit ein, andere bereiten sich zur Liquidation vor.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Nein. Ich tu's nicht. Wir haben vor allem auf unsere Reputation zu schauen, da läuft man nicht wie der nächstbeste Schusterbube hin, wenn irgendwo ein Verbrechen geschehen ist! Und überhaupt: ich wünsche nicht, daß dem Gerede, das Rosa schon unter die Beute gebracht hat, jetzt noch irgendwem Vorschub geleistet wird. Da nichts aus Deinem törichtigen Heiratsplan geworden ist, braucht auch nachträglich niemand davon zu erfahren. Rosas Geschwätz wird eben Geschwätz bleiben, wenn wir durch unser Benehmen ihm keine neue Nahrung geben. Darum verlange ich, daß Du in keiner Weise mehr Anteilnahme an den Vorgängen im Brintnerhof zeigst, als sich mit dem Grundsatz deckt: Der alte Brintner war Stammgast bei uns, nichts weiter.“

Frau Verta fuhr auf. „Er war mir aber mehr! Und wenn Du nicht gehen willst, um Dich zu erkundigen, so werde ich selbst gehen.“

„Das verbiete ich Dir!“

„Hast Du mir überhaupt etwas zu verbieten?“

„Seit ich die Führung übernehmen muß, weil Dein Weiberverstand nicht mehr ausreicht dazu!“

Es lag etwas so Entschlossenes in seinem Ton, etwas so Drohendes in seinem Blick, daß Frau Verta ihn fassungslos anstarrte.

War das noch der dankbare geschmeibige Bruder, dem sie eine schöne, fast unabhängige Stellung neben sich gegeben und auf dessen Ergebenheit sie rechnen zu dürfen geglaubt hatte?

Wie ein Gebieter stand er plötzlich vor ihr. Vielleicht fühlte er, daß er die Fäden der jah an sich gerissenen Herrschaft zu straff angezogen hatte. Er fuhr

sich wie beruhigend über die Stirn, drückte die Schwester in einen Lehnstuhl und sagte sanfter: „Du darfst mir nicht böse sein, Verta, daß ich diesmal auf meinem Willen bestehe. Es geschieht ja nur in Deinem Interesse. Dein Ruf soll rein bleiben und vor Lächerlichkeit geschützt. Die Nachrichten, die Du so schnell erwartest, werden wir sehr bald auch unser Zutun bekommen. Wahn einer von denen, die jetzt am Brintnerhof amtlich zu tun haben, wird sich nachher in der „Sonne“ flärken. Dr. Heimreicher, der Gemeindearzt, bestimmt!“

„Du meinst?“

„Ich bin überzeugt davon. Er kommt ja täglich auf einen Dämmerschoppen und wird mir gegenüber nicht hinter dem Berg halten mit seinen Reuigkeiten. Und da bekommen wir dann wenigstens Verborgenes zu hören. Bleibe jetzt ruhig hier, meine Dich meinewegen aus, wenn es Dir leichter wird, und ich verspreche Dir dafür, sowie ich etwas erfahre, bringe ich Dir die Nachricht sofort.“

Stehend ergab sich Frau Kreibitz in ihr Schicksal.

Als Frau Sudet abends heimkam, fand sie die Parteien des Hauses und viele Bekannte derselben aus dem Markt in eifrigem Gespräch mit dem Gemeindevorstande Lochl vor dem Hause stehen.

Nur der Gemeindevorstand und dessen Frau fehlten. Denn für unsereiner schied es sich nicht, an dem Klatsch dieser Leute teilzunehmen, hatte Herr Schlager seiner Gehäufte erklärt. „Es wäre mir überhaupt lieb, Marianne, wenn Du Dich in der nächsten Zeit etwas fern von den Hausleuten hieldest. Man kann nicht wissen, was noch kommt.“

Seine Frau, die sich natürlich längst ihre eigene Meinung gebildet hatte, sah ihn forschend an.

„Hast Du vielleicht auch schon einen Verdacht, Gustav?“

„Nein. Das ist nicht meines Amtes. Aber Du sagst — auch? Solltest etwa Du auf jemand Verdacht haben?“

Frau Marianne fuhr in ihrer Beschäftigung, den Abendstich abzuräumen, gelassen fort.

„Das nicht gerade,“ antwortete sie bedächtig, „aber man denkt halt in solchen Fällen an mancherlei zurück. Und davon bin ich überzeugt: außer dem Hause hatte der alte Mann keinen Feind!“

Der Gemeindevorstand rühte unruhig auf seinem Sitz herum. Seine Frau fuhr fort. Es ist auch zu auffallend, daß niemand von allen Bewohnern in beiden Häusern etwas gehört hat. Die jungen Brintners haben ihr Schlafzimmer doch gerade über des Alten Bohnstube! Dann, daß die Spartassenbücher liegen geblieben. Und daß es gerade geschah, während Toni Maibach fort war! Sie spricht doch kaum ein Wort mit jemand, und nicht einmal wir herüber rußten, daß sie nach Maria Zell gefahren ist. Erh heute früh nach dem Mord erfuhren wir es.“

„Wo willst Du denn mit all dem hinaus, Marianne?“

„Zu dem Schluß, daß es nur jemand mit den Hausverhältnissen ganz Vertrauter getan haben kann! Dabei muß ich immer an den Abend neulich denken, wo mir alle durch den Streit der jungen Brintnerin mit dem Alten aus dem Schlaf geredet wurden. Immer läßt mir des Alten Herrn Stimme im Ohr: „Zu Hilfe, Leut!“ Er vergreift sich an mir!“

Der Gemeindevorstand sah seine Frau streng an.

„Das ist Unsinn, Marianne! Daß es Streit zwischen dem Alten und dem Jungen gab, wissen wir alle. Aber aus dem schon auf ein Verbrechen zu schließen, ist ungerrecht und widersinnig. Ein Sohn — den Vater! Nein, nein — da —“

„Ich meine auch gar nicht, daß er es getan hat. Der Andrej ist ein heimlicher Säufer und willensschwach. Aber sie — die Justina —“

(Fortsetzung folgt.)

Sowjetrußland

Deutsch-russische Handelsverträge

Berlin, 10. Dezember. Der Korrespondent des Ost-Express...

Kein Handelsvertrag mit Italien

Warschau, 10. Dezember. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten...

Polnisch-Danziger Beziehungen

Entscheidung des Oberkommissars

Danzig, 11. Dezember. General Haring, der Oberkommissar...

Frankreichs neue Forderungen an Deutschland

Paris, 11. Dezember. Im Senat erklärte Briand in Erwiderung...

Eine Aktion der deutschen Landwirtschaft

Berlin, 11. Dezember. Wie die 'Tägliche Rundschau' von gut unterrichteter Seite...

Deutsche Wählerversammlung

hb. Posen, 12. Dezember. Die von der Deutschen Partei zur Vorbereitung der am nächsten Sonntag...

je weiter nach Westen mit Misstrauen begegnete, so ist es doch heute eine Freude...

Zu den geheiligten Rechten gehören die Wahlen, zunächst die Stadtverordnetenwahlen...

Die von der Deutschen Partei zur Vorbereitung der am nächsten Sonntag, 18. d. Mts., stattfindenden Stadtverordnetenwahlen...

Sie, meine verehrten Damen, haben heute das Wahlrecht. Sie braucht man weniger zu mahnen...

Das junge Volkchen sagt viellecht: ich kann leider nicht wählen, ich bin noch zu jung...

Sievan schlossen sich Ausführungen des Chefredakteurs Dr. Gromenial über das, was jeder deutsche Wähler über die Stadtverordnetenwahlen wissen muß...

Parteiunterschiede und Unterschiede des Glaubens gelten bei der Wahl nicht; das zeigt die deutsche Wählerliste...

nachmittags, und zwar möglichst gleich nach 10 Uhr. Wo wählt man? Die Stadt ist in 86 Wahlbezirke eingeteilt...

Geheimrat Staemmler schloß hierauf die Versammlung mit dem Hinweis, sich rechtzeitig mit einem Wahlzettel zu versehen...

lokal- u. Provinzialzeitung

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Mittwoch, dem 14. d. Mts. statt...

Freilegung des vorläufigen Haushaltsvoranschlags für das erste Vierteljahr 1922: Erhöhung der Matrikeln im Stadtkrankenhaus...

Aus der Christuskirchengemeinde. Der Verein 'Frauenhilfe' der Gemeinde möchte auch in diesem Jahre den vielen armen, sowie den gebrechlichen Gemeindegliedern...

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein. Der angekündigte Monatsvortrag von Herrn Tierzuchtexperte Dr. Siender...

Konzerte. Eintritskarten für das am 18. d. Mts. abends 7 1/2 Uhr im Akademischen stattfindende Orgelkonzert...

Graubenz, 9. Dezember. Von einem Kraftwagen überfahren wurde ein Arbeiter der Komorska Fabrika...

Handel, Gewerbe und Verkehr

Kurse der Posener Börse

Table with columns for 'Offizielle Kurse', 'Inoffizielle Kurse', and 'Kursnotierungen der Posener Getreidebörse'.

Danziger Börse vom 12. Dezember. Polnische Markt 5,75, Auszahlung Danzig 6,65...

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Dezember 1921

Table with columns for 'Offizielle Kurse' and 'Inoffizielle Kurse' for grain prices.

